



Energiepolitik

Aiwanger: "Erzwungener Heizungsaustausch ist für viele Haushalte nicht leistbar"

28. Februar 2023

MÜNCHEN Der Referentenentwurf der Bundesregierung zum Gebäudeenergiegesetz ist heute bekannt geworden. Unter anderem soll der Einbau von reinen Öl- und Gasheizungen bereits ab kommenden Jahr verboten werden. Bisher war als Frist 2025 vorgesehen. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger kritisiert insbesondere, dass die Betriebsdauer von bestehenden Öl- und Gasheizungen auf 30 Jahre begrenzt werden soll. "Einmal mehr will die Bundesregierung die Bürger in diesem Land vor vollendete Tatsachen stellen. Ein erzwungener Heizungsaustausch bedeutet für tausende Immobilienbesitzer erhebliche finanzielle Belastungen. Es bleibt dabei vollkommen unklar, wie das Ganze auch für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten bezahlbar bleiben soll. Zuerst werden die Ersparnisse vieler Haushalte aufgrund der hohen Inflationsrate aufgefressen. Und danach sollen dieselben Bürger sich neue Heizungen anschaffen. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Anstatt auf Anreize setzt der Bund wieder auf Zwangsmaßnahmen und Regulierung."

Ansprechpartner: Aaron Gottardi, stv. Pressesprecher

Pressemitteilung-Nr. 79/23